

IRAN

21.10.2010

Die Macht des Despoten schwindet

Die militärische Option gegen den Iran ist vom Tisch. Russland leistet deshalb keinen Widerstand mehr gegen die Sanktionen. Der Diktatur fällt es schwerer, das Volk ruhigzuhalten.

von Josef Joffe



Josef Joffe ist Herausgeber der Zeit und lehr derzeit Politik in Stanford. Quelle: dpa

Vergangene Woche flog ein Munitionslager der iranischen Revolutionsgarden in die Luft: Schlamperie oder Sabotage? Davor kroch der Stuxnet-Wurm durch iranische Anlagen, hauptsächlich durch solche der Firma Siemens, die einst die Reaktoren von Buschehr geliefert hatte. Am interessantesten aber ist ein Signal aus Russland, das bislang Iran-Sanktionen verwässerte: Iran erhält nun doch nicht das beste Flugabwehrsystem S-300.

Dafür gab's großes Lob von Obama. Jahrelang hatte Moskau weder Ja noch Nein gesagt. Die neuen Indizien besagen: Die "militärische Option" gegen die iranische Atomrüstung ist vom Tisch. Folglich eskaliert der Krieg im Schatten: Sabotage als Ersatz. Und die Schlinge der Sanktionen zieht sich zu. Wahrscheinlich hat gerade der unausgesprochene Gewaltverzicht den USA das diplomatische Geschäft erleichtert.

Deutschland ist zwar der drittgrößte Lieferant Irans (nach den Vereinigten arabischen Emiraten und China), aber offensichtlich wirkt der Druck aus Amerika. Ende September brach Thyssen-Krupp die Geschäfte ab. Davor waren es Siemens, Allianz und Linde. Warum? Am 9. Juni verschärfte die Uno die Sanktionen, insbesondere bei den Waffenexporten und Finanztransaktionen. Etwas später landeten einige Dutzend iranische Unternehmen auf der schwarzen Liste der USA. Wer mit denen Geschäfte macht, ist raus aus dem US-Markt. Ende Juli schlug die EU zu: mit einem Verbot von Investitionen im Energiesektor, der wichtigsten Einnahmequelle des Regimes.

Kein Wunder, dass Siemens sich zurückzieht. Was ist ein Umsatz von 400 Millionen Euro in Iran im Vergleich zu 20 Milliarden in den USA? Gleiches trifft für Südkoreas Autohersteller Kia zu, der den US-Markt nicht verlieren will. Wie Seoul hat auch Tokio einseitige Sanktionen verhängt. Nun lehrt die Erfahrung, dass Wirtschaftskrieg noch kein Land in die Knie gezwungen hat, vielleicht mit Ausnahme Südafrikas, und dann nach Jahrzehnten. Aber eines wird inzwischen deutlich: Iran leidet unter dem wachsenden Druck, weil der auf eine geschwächte Wirtschaft trifft.

Zwei Zahlen zur Illustration. Die Energieexporte, die im Vorjahr bei 80 Milliarden Dollar lagen, werden 2010 knapp 20 Milliarden weniger bringen. Die Wirtschaft, die noch 2007 mit knapp acht Prozent wuchs, wird 2010 nicht einmal zwei Prozent schaffen. Ein Beispiel illustriert, wie hoch die Handelshürden inzwischen sind: Ein Hamburger Investor, der in Iran ein Werk gebaut hat, muss ein italienisches Ersatzteil aufgrund der Sanktionen erst nach Deutschland schaffen, dort die Exporterlaubnis einholen, dann das Teil zurück nach Genua schaffen, von wo es nach Iran verschifft wird. Höhere Versicherungsprämien muss er nun auch bezahlen, begleichen muss er den Kauf in bar.

Die Sanktionen allein erklären nicht die Wirtschaftsprobleme. Ahmadinedschad ist ironischerweise der beste Verbündete des Westens. Er muss seine Prätorianer bei der Stange halten, die Revolutionsgarden,

die ein Viertel der Wirtschaft kontrollieren. Das bedeutet Privilegien, Monopole, Wettbewerbsverlust, kurz: Wachstumsbremsen. Zum Zweiten muss er das Volk durch reichliche Subsidien für Grundnahrungsmittel und Energie ruhigstellen. Ein Haushalt von vier Personen kassiert so 4000 Dollar extra pro Jahr. Dieses Füllhorn belastet die Wirtschaft. Verfällt sie mit dem Preis für Öl und Gas, kann Ahmadinedschad weniger Opium unters Volk bringen.

Das Regime will nun 100 Milliarden Dollar an Subventionen streichen und Preise anheben. Da hat er gleich zwei Mühlsteine am Hals: noch mehr Inflation und die wachsende Wut der Ärmern, die seine Machtbasis bilden. Hebt er wie geplant auch die Steuern an, kommen die Basaris, die Kaufleute, mit dazu. Die haben vor dreißig Jahren mitgeholfen, den Schah zu stürzen; im Sommer haben sie gestreikt.

Sanktionen sind nie tödlich, erhöhen aber die Transaktionskosten. Auch die kann eine Diktatur wegstecken. Aber Iran ist ein Land, in dem die Herrscher im Dauer-Machtkampf mit einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer konservativen Opposition im Parlament stehen. Wenn der Herrscher das Volk nicht mehr ruhigstellen kann, weil Sanktionen eine lahrende Wirtschaft noch weiter lähmen, schwindet seine Kraft. Er hat den Titel, aber nicht mehr die Macht. So erging es 1970 dem Schah, der scheinbar alle Macht der Welt hatte, von der Armee bis zu den Ölquellen.

Der Westen ist stumme Partei im inneren Machtkampf. Diplomatisch mag das Schweigen sinnvoll sein, politisch nicht. Denn das Volk sollte wissen, dass die Sanktionen nicht ihm, sondern dem Regime gelten. Obama, Merkel und Co. sollten deshalb die Stimme erheben: Wir sind gegen ein Regime, das die Welt ebenso quält wie sein eigenes Volk. Das ist auch gute Realpolitik, zeigt doch die Geschichte des modernen Despotismus, dass irgendwann die Dissidenten gewinnen.

© 2010 Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#) | [Schlagzeilen](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).